



DIE HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN DER EU

Prof. Marco Brunazzo
Institut für Soziologie und Sozialforschung
Universität Trient

Als sich die europäischen Staats- und Regierungschefs 2017 zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge trafen, hatte sich das Vereinigte Königreich gerade auf Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union berufen und damit den zwei Jahre langen Countdown für den Austritt aus der EU ausgelöst. Die Feierlichkeiten wurden von den Finanz-, Migrations- und Brexit-Krisen sowie den schwierigen transatlantischen Beziehungen nach der Wahl von Donald Trump überschattet, als es an den südlichen und östlichen Grenzen der EU Anzeichen von Unruhe gab.

Jean Monnet, französischer Diplomat und Gründungsvater der EU, glaubte, dass Europa in Krisen geschmiedet wird, und es einst die Summe der Lösungen sein wird, die man für diese Krisen ersonnen hat. Er ging davon aus, dass sich die europäischen Eliten auch in schwierigen Zeiten für die Integration entscheiden würden, wenn die einzige Alternative darin bestünde, den Prozess der Schaffung einer immer engeren Union umzukehren. Die Frage ist, ob die Art der Krisen, mit denen die EU zu Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert ist, anders ist und ob Desintegration eine reale Möglichkeit darstellt. Die durch Covid-19 ausgelöste Krise könnte sich als noch größere Herausforderung erweisen.

Heute steht die EU vor einer Reihe existenzieller Dilemmata. Das Erste ist das Dilemma zwischen der Solidarität und der Einhaltung von Regeln. Winston Churchills Aufruf zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa im Jahr 1946 forderte die europäischen Länder auf, die durch die Verteidigung nationaler Interessen entstandene Rivalität aufzugeben und eng zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Probleme zu lösen. Während des Großteils der Geschichte der europäischen Integration haben die Mitgliedstaaten bereitwillig ihre unmittelbaren Interessen geopfert, um ein Partnerland zu unterstützen. Trotzdem war in den 1980er Jahren die Regierung von Margaret Thatcher der Ansicht, dass die EU-Haushaltsvorschriften und die Gemeinsame Agrarpolitik das Vereinigte Königreich unverhältnismäßig bestrafen. Der große Dienstleistungssektor und der relativ kleine Agrarsektor des Vereinigten Königreichs machten es zu einem Nettozahler zum EU-Haushalt und einem begrenzten Empfänger der GAP. Bei dieser Gelegenheit einigten sich die anderen Mitgliedstaaten darauf, den Beitrag des Vereinigten Königreichs zum EU-Haushalt zu reduzieren.

Die Herausforderungen, vor denen die EU heute steht, erschweren es, Solidarität und die Einhaltung von Regeln zu gewährleisten. Die Flüchtlings- und Migrationskrise hat

Schools beyond regions and borders (2021-2023)

Austria – Bosnia-Herzegovina – France – Germany – Ireland – Italy – Spain

web: www.sbrb.eu | email: sbrb.2023@gmail.com



gezeigt, dass die gemeinsame Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern gegen EU-Vorschriften verstößt. Manche Mitgliedstaaten lehnten das Projekt zur Umsiedlung von Migranten ab, indem sie sich auf die Dublin-Verordnung beriefen und erklärten, dass, wenn die Vorschriften nicht eingehalten werden würden, dies sowohl die Verwaltung der EU-Außengrenzen als auch den freien Personenverkehr im Schengen-Raum infrage stellen würde. Diesmal ging die Einhaltung von Regeln auf Kosten der Solidarität.

Es gibt überzeugende Gründe zu argumentieren, dass eine Union souveräner Staaten auf der Einhaltung von Regeln und nicht auf politischem Kalkül basieren muss, einschließlich solcher, die auf Machtverhältnissen beruhen. Die kleineren Staaten müssen sich sicher sein, dass die mächtigeren Staaten die Regeln befolgen und ihre wirtschaftliche und politische Stärke nicht zugunsten ihrer eigenen Interessen ausüben. Die größeren, wohlhabenderen Staaten müssen das Gefühl haben, dass sie die Kosten nicht tragen müssen, wenn kleinere Staaten gegen die Regeln verstoßen. Nach dem Solidaritätsprinzip erkennen die Mitgliedstaaten an, dass sie innerhalb ihrer Grenzen keine alleinige Autorität haben, und im Gegenzug können sie im Krisenfall auf koordinierte Maßnahmen zählen. Die offene Frage in der EU betrifft den Nutzen und die Kosten der gegenseitigen Solidarität sowie die Bedingungen, unter denen sie gewährt werden sollte.

Das zweite existenzielle Dilemma ist die Wahl zwischen Interessen und Werten. Die EU hat sich immer als besonderer politischer Akteur betrachtet, der in der Lage ist, eine besondere politische Macht zum Ausdruck zu bringen. Die europäische Integration war ein Versuch, Probleme politischer Natur sowohl in Europa als auch im internationalen System zu lösen, im Gegensatz zu Systemen, die auf der souveränen Macht eines Nationalstaates basieren. Aus diesem Grund hatte die EU traditionelle Konzepte wie Souveränität und nationale Interessen nicht als Organisationsprinzipien, sondern als politische Faktoren, welche Konflikte und Instabilität verursachten, eingeordnet. Stattdessen war die EU eine politische Ordnung, die nicht auf gegenüberstehenden Interessen, sondern auf gemeinsamen Werten beruhte – Werte, die in den Prinzipien und Institutionen der liberalen Demokratie verwurzelt waren. Die EU sollte eine zivile oder regulierende Macht sein, die ihre materielle Macht nicht nutzte, um andere Staaten zu zwingen, sich nach ihren Wünschen zu verhalten.

Politische Instabilität an den südlichen und östlichen Grenzen der EU, sich verändernde Machtverhältnisse gegenüber Asien und die Erosion des transatlantischen Bündnisses haben die EU gezwungen, sich zwischen ihren strategischen Interessen und ihren Werten zu entscheiden. Die EU ist schon oft in der Lage gewesen, ein Gleichgewicht zwischen diesen beiden finden, aber viele der aktuellen Spannungen erfordern eine klare Wahl. So hat die Migrationskrise beispielsweise die Frage aufgeworfen, ob es genügend Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten gibt, um die Binnengrenzen offenzuhalten. Diese Krise hat die EU zu Vereinbarungen gezwungen, die nach Ansicht der meisten Agenturen, die sich mit Menschenrechten und Einwanderung befassen, viele Migranten gefährden werden.

Schools beyond regions and borders (2021-2023)

Austria – Bosnia-Herzegovina – France – Germany – Ireland – Italy – Spain

web: www.sbrb.eu | email: sbrb.2023@gmail.com



Der Konflikt zwischen Werten und politischer Korrektheit ist auch in internen Angelegenheiten präsent.

Die Entwicklung einiger Mitgliedstaaten zu liberalen Demokratien ist zu einem dringenden Anliegen geworden, insbesondere für diejenigen, die der EU nach 2004 beigetreten sind. In Ungarn schränkte die Regierung von Viktor Orbán die Pressefreiheit ein, schloss eine Universität, untergrub die Rechtsstaatlichkeit und lobte die „illiberale Demokratie“. Es gab politische und geostrategische Gründe, sich der ungarischen Regierung nicht zu stellen, aber viele europäische Bürger verloren dadurch das Vertrauen in die Argumentation, dass die EU für eine andere Art von politischer Macht steht.

Die dritte Herausforderung besteht darin, die Zukunft der EU angesichts der wachsenden nationalen und internationalen Unsicherheiten zu planen. Zur Feier des 60-jährigen Bestehens der Römischen Verträge hat die Europäische Kommission 2017 das „Weißbuch zur Zukunft Europas“ vorgelegt. Im Gegensatz zu dem, was die Gründerväter 1950 taten, schlägt das Weißbuch keinen Weg nach vorne vor, es skizziert lediglich fünf mögliche Szenarien:

1. Weiter wie bisher: Diese Option konzentriert sich auf kleinere politische Fragen und schlägt einen progressiven Wandel vor, um den Binnenmarkt, die einheitliche Währung sowie die Verkehrs- und die digitale Infrastruktur ohne umfassende institutionelle Reformen zu verbessern.
2. Schwerpunkt Binnenmarkt: Diese Option lenkt die Aufmerksamkeit auf den Binnenmarkt, welcher den zollfreien grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr garantiert, aber den freien Personenverkehr oder eine gemeinsame Asylpolitik nicht mehr gewährt.
3. Wer mehr will, tut mehr: Diese Option unterstützt das Szenario „Weiter wie bisher“ in Bezug auf die grundlegenden Probleme in Szenario 1 und fügt eine „Ausnahme“ für Staaten hinzu, die gemeinsam mehr unternehmen wollen. Dieser flexible Ansatz hält die 27 Mitgliedstaaten in Schlüsselfragen, über die sie sich einig sind, wie den Binnenmarkt und seiner vier Freiheiten zusammen. Sie können ebenso die Integration im Rahmen bestehender Verträge und Institutionen fortsetzen, ohne von anderen behindert zu werden.
4. Weniger, aber effizienter: Im Jahr 2025 wird die EU in den ausgewählten prioritären Bereichen rascher handeln, da der Binnenmarkt der einzige Sektor ist, in dem die 27 Mitglieder weiterhin zusammenarbeiten. Die Integration in Sektoren wie der Regionalentwicklung und der staatlichen Beihilfen wird auf eine ausschließlich nationale Zuständigkeit reduziert.
5. Viel mehr gemeinsames Handeln: Dieses Szenario basiert auf Jean Monnets Überzeugung, dass Krisen eine politische Union aufbauen würden, und auf dem Argument vieler EU-Politiker, dass die EU in ihrer derzeitigen Form die vielen Krisen,

Schools beyond regions and borders (2021-2023)

Austria – Bosnia-Herzegovina – France – Germany – Ireland – Italy – Spain

web: www.sbrb.eu | email: sbrb.2023@gmail.com



mit denen sie konfrontiert ist, nicht bewältigen kann, geschweige denn die Mitgliedstaaten allein. Es muss eine echte politische Union geschaffen werden, welche die Befugnis hat, Ressourcen durch breiten Konsens zu generieren und zu teilen.

All die Dilemmata und unterschiedlichen Lösungsmöglichkeiten für die EU-Integration sind Teil der Themen, die die Konferenz zur Zukunft Europas zu bewältigen hat. In der gemeinsamen Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Europäischen Kommission zur Konferenz über die Zukunft Europas, welche 2021 verabschiedet wurde und die Konferenz eröffnete, kann man lesen: „Die Europäische Union hat seit ihrer Gründung zahlreiche Herausforderungen gemeistert. Mit der COVID-19-Pandemie wurde das einzigartige Modell der Europäischen Union allerdings wie nie zuvor auf die Probe gestellt. Europa kann und muss auch die Lehren aus diesen Krisen ziehen (...). Die Europäische Union muss beweisen, dass sie Antworten für die Sorgen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger hat. (...). Um die geopolitischen Herausforderungen im globalen Umfeld nach der COVID-19-Krise bewältigen zu können, muss Europa selbstbewusster auftreten und weltweit eine führende Rolle bei der Förderung seiner Werte und Standards in einer zunehmend unruhigen Welt übernehmen.“

Die Konferenz über die Zukunft Europas ist ein an die Bürgerinnen und Bürger gerichteter, nach dem Bottom-up-Ansatz geführter Prozess, mit dem es den Europäerinnen und Europäern ermöglicht werden soll, ihre Erwartungen an die Europäische Union vorzutragen. Er wird den Bürgerinnen und Bürgern eine größere Rolle bei der Gestaltung der künftigen politischen Strategien und Ambitionen der Union einräumen und so die Widerstandsfähigkeit der Union verbessern. Dies geschieht durch eine Vielzahl von Veranstaltungen und Debatten, die im Rahmen der Konferenz in der gesamten Union organisiert werden, sowie über eine interaktive mehrsprachige digitale Plattform.

Die Themen der Konferenz werden unter anderem die Folgenden sein: Aufbau eines gesunden Kontinents, Bekämpfung des Klimawandels und Bewältigung der ökologischen Herausforderungen, eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität zwischen den Generationen, der digitale Wandel Europas, europäische Rechte und Werte einschließlich Rechtsstaatlichkeit, Herausforderungen im Bereich Migration, Sicherheit, die Rolle der EU in der Welt, die demokratischen Grundlagen der Union und die Stärkung der demokratischen Prozesse der Europäischen Union.

Das ist eine sehr wichtige Chance: Das Europa von morgen beginnt heute!

[Übersetzung aus dem Englischen von Maria Marinelli]

Schools beyond regions and borders (2021-2023)

Austria – Bosnia-Herzegovina – France – Germany – Ireland – Italy – Spain

web: www.sbrb.eu | email: sbrb.2023@gmail.com